

# Saarland knapp an Gift-Katastrophe vorbei

HAZ 3./4. Nov. 80 Homburg/Saar (dpa)

Gerade noch rechtzeitig ist im Saarland eine Giftmüll-Katastrophe verhindert worden. Nach Angaben des Umweltministeriums vom Freitag war die Polizei am Montag darauf hingewiesen worden, daß aus einigen von insgesamt 80 Blechbehältern, die auf einem stillgelegten Bahnhofs-gelände bei Homburg/Saar gelagert waren, eine übelriechende dunkle Flüssigkeit tropfe. Die Umweltschutzbehörde stellte fest, daß die Behälter die hochgiftigen Stoffe Chlorphenol und Hexachlorcyklohexan enthielten. Sie hätten das Grundwasser auf lange Zeit verseuchen können.

Die schadhaften Behälter wurden jetzt

auf Spezialwannenfahrzeuge verladen. Es seien nur geringe Mengen der hochgiftigen Stoffe ausgeflossen. Bei den Giftstoffen – insgesamt lagerten in den 80 Fässern rund 180 Tonnen – handelte es sich um Rückstände aus Pflanzenschutzmitteln, die von einer saarländischen Transportfirma von der französischen Stadt Lyon in eine Spezial-Giftmülldeponie in Rehburg-Münchehagen (Landkreis Nienburg) transportiert werden sollten. Da die Giftstoffe ohne Genehmigung und nicht vorschriftsmäßig in einfachen zusammengenieteten Behältern versandt wurden, muß die Transportfirma mit einer Geldbuße bis zu 100 000 Mark rechnen.

# Lagerung von Giftmüll zulässig

Kreis Nienburg verweist auf Verträge mit Deponie Münchehagen

vdB. Hannover

Die Einlagerung von 180 Tonnen Giftmüll aus Frankreich in der Sondermülldeponie Münchehagen bei Rehburg (Kreis Nienburg) ist zulässig. Mit diesem Hinweis hat der Landkreis Nienburg jetzt zu Presseberichten aus dem Saarland Stellung genommen. In Homburg/Saar waren Ende April auf einem Güterbahnhof in einem Wasserschutzgebiet mehrere beschädigte Fässer mit Giftmüll aus Frankreich entdeckt worden. Wie berichtet sollten sie nach Münchehagen weitergeleitet werden. Sie waren jedoch von einem Unternehmen widerrechtlich im Saarland zwischengelagert worden.

Das Landwirtschaftsministerium in Hannover bestätigte am Freitag, daß inzwischen ein Teil der im Saarland aufgefundenen Müllfässer in Münchehagen eingetroffen ist. Ihr Inhalt sei von den zuständigen Behörden untersucht und analysiert worden. Dabei sei festgestellt worden, daß die französischen

Giftstoffe zu denen zählen, die in Münchehagen deponiert werden dürfen.

Wie weiter bekannt wurde, gibt es zwischen dem Betreiber der Deponie im Landkreis Nienburg und französischen Unternehmen Verträge, die vorsehen, daß über einen Zeitraum von drei Jahren Giftmüll aus Frankreich nach Münchehagen gebracht wird. Bei dem Müll handelt es sich um Destillationsrückstände.

In einer Presseerklärung betonte die Kreisverwaltung in Nienburg, der Betrieb der Sondermülldeponie Münchehagen müsse unter „innen- und außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ gesehen werden, zumal die deutsche Industrie mit ihren Abfallstoffen wie Atommüll auch auf Beseitigungsanlagen im Ausland angewiesen sei. An anderer Stelle in der Verlautbarung heißt es, der Landkreis Nienburg werde auf Grund der Vorfälle im Saarland die Frage klären, in welchem Umfange in Münchehagen weiterhin Stoffe aus dem Ausland angenommen werden müßten.

# Keine Hilfe für Cuxhaven

Remmers zur „Gläsernen Schule“ / Fragestunde im Landtag

Eigener Bericht

HAZ 05.06.80

vdB. Hannover

In der Sondermülldeponie Münchehagen bei Rehburg-Loccum (Kreis Nienburg) werden noch bis zum 31. Mai 1981 Destillationsrückstände aus Frankreich eingelagert. Dies teilte Landwirtschaftsminister Gerhard Glup am Mittwoch im Landtag in Hannover auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Reinhard Scheibe mit. Die Deponie war ins Gespräch gekommen, nachdem auf einem in einem Wasserschutzgebiet liegenden Bahnhof bei Homburg im Saarland Müllfässer für Münchehagen gefunden worden waren.

Die Vorfälle im Saarland haben, wie Glup berichtete, den Landkreis Nienburg veranlaßt, der beteiligten Transportfirma sofort die Genehmigung zur Beförderung von Sondermüll nach Münchehagen zu entziehen. Glup berichtete auch, daß einer badischen Giftmüllbeseitigungsfirma die Einfuhr von Hexachlorcyclohexan (HCH) aus Frankreich nach Münchehagen erlaubt worden ist. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums lagern bislang 227,26 Tonnen HCH in Münchehagen. HCH fällt bei der Produktion von Unkrautbekämpfungsmitteln an.

Auf Fragen seines Vorgängers Klaus Peter Bruns (SPD) antwortete Glup, er habe den Abschub von Greifvögeln nicht freigegeben. Er habe lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß das Landesjagdgesetz Ausnahmen von der Schonzeitbestimmung für Habichte und Bussarde zuläßt. Der Minister wies darauf hin, daß die Verantwortung für derartige Ausnahmen bei den Jagdbehörden und Revierinhabern liegt.

Glup deutete überdies an, daß er einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Niederwildbestände (unter anderem Hasen und Kaninchen) und der gestiegenen Zahl von Greifvögeln sieht. Dies habe hier und da den Abschub von Bussarden und Habichten notwendig werden lassen, erklärte Glup.

Wirtschaftsminister Birgit Breuel bedau-

erte, daß es der Bundesregierung nicht gelungen sei, wesentliche Fortschritte in der EG-Fischereipolitik zu erreichen. Dies werde sich wahrscheinlich auf den Arbeitsmarkt in Cuxhaven auswirken und bei der dort ansässigen Reederei Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH Entlassungen nach sich ziehen. Auf diese Gefahr hatten die SPD-Abgeordneten Werner Kammann und Paul Neese in der Fragestunde hingewiesen. Frau Breuel sagte, Hilfen für die betroffenen Arbeiter seien nur im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes möglich, ein zusätzliches Strukturförderprogramm für den Elbe-Weser-Raum sei nicht erforderlich. Weiter hieß es in der Antwort des Wirtschaftsministeriums, neue Industrieansiedlungen in Cuxhaven seien fast unmöglich, da die Stadt in ihren Flächennutzungsplan einen Negativkatalog aufgenommen habe, der den Aufbau von Betrieben der Grundstoffindustrie ausschließe.

Den Vorschlag mehrerer SPD-Abgeordneter, in Niedersachsen einen Modellversuch für ein Ergänzungsstudium der polnischen Sprache und Kultur zu starten, lehnte Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestal ab. Zur Begründung sagte er, ein vergleichbarer Versuch finde zur Zeit an der Universität Mainz statt, so daß keine Zustimmung der übrigen Bundesländer für einen zweiten Versuch zu erwarten sei. Überdies müßten die in Mainz gemachten Erfahrungen erst ausgewertet werden.

Kultusminister Werner Remmers kritisierte die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angeregte Aktion Gläserne Schule und verteidigte die Maßnahmen, die die Bezirksregierung Lüneburg gegen beteiligte Lehrer am Gymnasium Bremervörde veranlaßt hat. Im Rahmen der Aktion arbeiten Lehrkräfte ausschließlich in der Schule und lassen alle werktags nach 17 Uhr anfallenden Arbeiten unerledigt. Für die Dauer der Aktion hatte die Bezirksregierung anstehende Beförderungen zurückgestellt. Die Lehrer wollen im Rahmen der Aktion eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen.

HAZ 08.05.80

AUS DEM LANDTAG!

## Rohstoffe im Müll sollen stärker genutzt werden

Der Müll aus den niedersächsischen Haushalten soll in Zukunft verstärkt zur Rohstoffgewinnung herangezogen werden. Dafür sprachen sich im Landtag sowohl die CDU- als auch die SPD-Fraktion aus. Landwirtschaftsminister Gerhard Glup sagte in der Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion, die Abfallwirtschaft stehe erst am Anfang ihrer Entwicklung. Ein erfolgreicher Beginn sei jedoch gemacht, seit Altpapier, Schrott, Glas und Altkleider für die Wiederverwertung mit großer Unterstützung der Bevölkerung gesammelt würden.

Bisher wird der Müll in Niedersachsen in 77 Zentral- und 26 Übergangsdeponien gelagert. Daneben arbeiten zwei Verbrennungs- sowie drei Müllumschlagsstationen. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums fällt derzeit pro Einwohner und Jahr ein Müllberg von 500 Kilogramm Gewicht an. Die Zusammensetzung des Mülls aus den Haushalten hat sich seit 1950 stark verändert.

Der CDU-Abgeordnete Friedrich-Wilhelm Raasch hatte in der Begründung der Großen Anfrage unter anderem gesagt, die Abfallbeseitigung erfordere in Niedersachsen jährlich drei Milliarden Mark. Die CDU sei der Auffassung, daß dieser Betrag nicht vom Staat, sondern von den Müllproduzenten aufgebracht werden müsse.

Für die SPD-Fraktion erklärte der Abgeordnete Oswald Hoch, es gebe in Niedersachsen einen außerordentlich großen Nachholbedarf bei der Organisation der Müllbeseitigung und der Erforschung neuer Abfallverwertungsverfahren. Der Generalplan für die Abfallbeseitigung müsse von der Landesregierung endlich fortgeschrieben werden.

Der frühere Landwirtschaftsminister Klaus Peter Bruns (SPD) warf seinem Nachfolger Glup vor, kein Konzept für die Beseitigung der Sonderabfälle zu haben. Bruns forderte ein Verbot für die Einlagerung hochgiftiger Abfälle aus anderen Bundesländern und aus europäischen Ländern in den Sondermülldeponien bei Rehburg-Loccum, in Münchehagen (Kreis Nienburg) und in Söhlde-Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim). Der SPD-Politiker sagte: „Niedersachsen darf nicht die Müllkippe Europas werden, nur weil ein paar hier ansässige Firmen ihre Geschäfte machen wollen.“ Er verlangte eine verstärkte staatliche Aufsicht für die Sondermüllplätze und nannte als Beispiel für leichtfertigen Umgang mit hochgiftigen Stoffen, daß nur durch Zufall 180 Tonnen französischen Giftmülls in Homburg an der Saar vor dem unzulässigen Transport nach Münchehagen entdeckt worden seien.